



## **Manfred Groh**

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.  
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Wahlkreisbüro:  
Karlsruher Str. 88  
76139 Karlsruhe

Telefon: 0721 2551 995  
Telefax: 0711 2551 997  
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Landtagsbüro:  
Konrad-Adenauer-Str. 3  
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063 985  
Telefax: 0711 2063 14 985  
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Karlsruhe, 18.11.2013

## **Pressemitteilung**

### **Manfred Groh: Grün-Rot rühmt sich mit CDU Erfolgen**

Zweieinhalb Jahre nach dem Regierungswechsel zieht auch der Karlsruher CDU-Landtagsabgeordnete Manfred Groh Bilanz. Die Arbeit der grün-roten Landesregierung zeichnet sich nach Ansichten Grohs durch ein hohes Maß an Symbolpolitik aus. Sinnbildlich hierfür stehen die Debatten um den Straßenbau sowie den Ausbau der Windenergie und der Gemeinschaftsschulen. Aber auch bei der Beamtenbesoldung und den Vertretungsrechen im Öffentlich Dienst zeigt sich, wie wenig Substanz hinter den Initiativen der Landesregierung steckt.

Mit Blick auf Karlsruhe stellt Manfred Groh fest, dass es der Regierung sichtlich schwer fällt auf mögliche Erfolge zu verweisen. „Wenn die Grünen, die Fortschritte beim Naturkundemuseum oder rund ums Schloss für sich in Anspruch nehmen, kann man sich nur verwundert die Augen reiben. Hierbei handelt es sich unbestritten um Fortsetzungsmaßnahmen, die von der CDU angestoßen wurden“, so Groh.

Auch bei anderen für Karlsruhe wichtigen Themen, wie bspw. der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik tun sich erhebliche Lücken zwischen Anspruch und Realität auf. „Der von den Grünen durchgeführte Faktencheck zur zweiten Rheinbrücke wurde als ein Musterbeispiel der Bürgerbeteiligung gepriesen. In Wahrheit hat sich herausgestellt, dass dieser weder neue Fakten, noch Fortschritte in der Sache zu Tage gefördert hat. Vielmehr wurde der Faktencheck dazu genutzt unter dem Vorwand der Bürgerbeteiligung und der Transparenz das für Karlsruhe so wichtige Projekt weiter zu verschleppen“, so der CDU-Landtagsabgeordnete.

Auch beim Thema Energiepolitik zeichnet sich laut Groh ein eher dürftiges Zwischenergebnis ab. Die Landesregierung verfährt nach dem Motto: Viel hilft viel. Die Windenergie soll auch in schwachwindigen Regionen ausgebaut werden, wo sie wirtschaftlich keinen Sinn macht. Wie das Beispiel Wettersbach zeigt, entstehen teils erhebliche Kosten für aufwendige Gutachten. Wenn aber bspw. aufgrund von artenschutzrechtlichen Belangen keine Windräder gebaut werden können, bleiben die Kommunen dennoch auf den finanziellen und planerischen Mehrbelastungen sitzen, kritisiert Manfred Groh.

Insgesamt kann Manfred Groh der parlamentarischen Halbzeit aber auch etwas Gutes abgewinnen: In zweieinhalb Jahren sind endlich wieder Wahlen.